Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 6 (1984)

Heft: 22

Artikel: Vom Kramladen zum Fachgeschäft : Erfahrungen und Perspektiven des Berliner Wissenschaftsladens

Autor: Beuschel, Werner / Deitelhoff, Norbert / Diekmann, Jörn

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653223

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Werner Beuschel
Norbert Deitelhoff
Jörn Diekmann
Klaus Harscher

Vom Kramladen zum Fachgeschäft

Erfahrungen und Perspektiven des Berliner Wissenschaftsladens

Seit ersten Berichten über Wissenschaftsläden (so WW 2/79, 3/79, 14/82) ist es vielerorts zu einer Ladengründung gekommen. Im Gegensatz zu den als Vorbild dienenden holländischen „wetenschapswinkeln" sind nicht alle bundesrepublikanischen Wissenschaftsläden an Universitäten angebunden. So ist z.B. der Wissenschaftsladen Berlin räumlich und organisatorisch von Hochschuleinrichtungen völlig unabhängig. Er kann inzwischen auf eine mehr als zweijährige Tätigkeit zurückblicken und zieht hier Bilanz.

Der Wissenschaftsladen Berlin (WILAB) eröffnete im Oktober 1982 in Kreuzberg, wo (alternativ) gewohnt und gelebt wird, seinen „Laden". Seitdem wurden seine „wissenschaftlichen Dienste" fast 250mal in Anspruch genommen, über 100mal allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Die zunehmende Anzahl und die thematische Vielfalt der Anfragen führt inzwischen an seine personellen, finanziellen und organisatorischen Grenzen: Der zur Bearbeitung der eintreffenden Anfragen notwendige Aufwand übersteigt die verfügbare Zeit der ehrenamtlich tätigen Ladenmitglieder. Die laufenden Kosten für die notwendige Infrastruktur – dazu gehört auch die kürzlich eingerichtete Ladenstelle – werden durch das Beitragsaufkommen und die vereinzelten Spenden kaum noch gedeckt.

Thema und Herkunft der gestellten Anfragen führten bisher zu drei Schwerpunkten der Arbeit: Informationstechnologien am Arbeitsplatz, Luftreinhaltepolitik sowie Information und Beratung von Alternativprojekten.

Informationstechnologien am Arbeitsplatz

Die Einführung von DV-Systemen im Betrieb bringt für die Arbeitnehmer eine Fülle von Problemen mit sich: zusätzliche Belastungen und Kontrollen, Dequalifizierung und Arbeitsplatzabbau. Anders als herkömmliche Maschinen können DV-Systeme nicht nur in einem einmaligen Einführungsschritt, sondern auch als Teillösung etabliert werden, was die Unternehmensleitung oft als „Salami-Taktik" zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzt. Die genannten Probleme, die bei der Rationalisierung mit elektronischer Datenverarbeitung entstehen, werden durch lückenhafte, zurückgehaltene oder verspätete Informationen noch vergrößert. Der Wissenschaftsladen bietet in solchen Fällen eine Beratung durch qualifizierte Experten an: Gemeinsam mit den betroffenen Arbeitnehmern bzw. ihren betrieblichen Interessenvertretern werden der Informationsgehalt festgestellt und Fragen des gemeinsamen Vorgehens diskutiert, die im Verlauf einer Beratung immer wieder neu zu klären sind.

Beispiele der Beratungsarbeit

Ein Personalinformationssystem (PIS) bietet dem Management die Möglichkeit, Daten aus dem Produktions- und Verwaltungsbereich personenbezogen zusammenzuführen und auszuwerten. Wegen ihrer vielfältigen Verknüpfungsmöglichkeiten werden PIS nicht nur von großen Teilen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften abgelehnt, sondern inzwischen auch von vielen Fachleuten kritisch bewertet. Beratungsarbeit bedeutet hier mitzuhelfen, die Einführung eines solchen Systems zu verhindern und der Betriebsleitung andere Formen der Personalplanung vorzuschlagen. Da dies aber oft nicht durchsetzbar ist, geht es darum, wenigstens die Nutzungsmöglichkeiten des PIS durch innerbetriebliche Regelungen einzuschränken und Kontrollmöglichkeiten für die Arbeitnehmer zu formulieren. Art und Umfang einer solchen funktionalen Begrenzung der technischen Möglichkeiten können durch Bezugnahme auf gesetzliche Regelungen nur beschränkt begründet werden; sie hängen wesentlich von den an den Verhandlungen beteiligten Personen und dem innerbetrieblichen Konfliktpotential ab.

Eine Firma hat ein komplettes System zur Kundenverwaltung und Rechnungslegung übernommen, ohne eine detaillierte Analyse von Benutzeranforderungen, eine differenzierte Darstellung der zu erreichenden Ziele und eine Ausarbeitung eines Sollkonzeptes vorzunehmen. Den DV-Organisatoren erschien es naheliegend, die Organisation des Betriebes entsprechend der Struktur der Software (Bestellung, Lieferung, Reklamation, Rechnungslücken, Kundenerfassung usw.) umzugestalten. Da dies sinnvolle Arbeitszusammenhänge der Sachbearbeiter zerstückelt hätte, regte sich unter den Beschäftigten Widerstand. In Verhandlungen mit der Geschäftsleitung konnte ein Kompromiß erreicht werden, eine kundenorientierte Organisationsstruktur. Die Aufgabe des Sachverständigen bestand darin, die Systemunterlagen daraufhin zu überprüfen, wieweit das System eine bestimmte organisatorische Gestaltung nahelegt. Bei dieser Beratung stellte sich heraus, daß Wünsche und Änderungsvorschläge der Beschäftigten mit dem Hinweis auf die nicht realisierbare technische Umsetzung abgelehnt worden waren, obwohl diese machbar gewesen wäre.

Diese Beispiele von Anfragen an den Wissenschaftsladen sind dadurch gekennzeichnet, daß sich wechselseitig beeinflussende soziale, ökonomische, organisatorische, technische und rechtliche Fragestellungen auftauchen, die zudem durch innerbetriebliche Konfliktpotentiale überlagert werden.

Die Gewerkschaften haben sich den Fragen der technischen Mitgestaltungsmöglichkeiten bei DV-Anwendungen bisher nur sehr zögernd gestellt. Ansätze, wie etwa die Innovations- und Beratungsstellen der IG Metall, sind nicht nur dem sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein vergleichbar, sondern auch andauernd in Gefahr, gewerkschaftlicher Rostiftpolitik zum Opfer zu fallen. Für den Wissenschaftsladen ist die gegenwärtige Situation in diesem Bereich dadurch gekennzeichnet, daß zum einen mit jeder neuen Anfrage die Kapzität qualifizierter Bearbeiter ausgeschöpft zu werden droht. Zum anderen gibt es so etwas wie „die Gewerkschaftspolitik" derzeit allenfalls als Ausgrenzungspolitik gegenüber externen Experten, jedoch nicht als gemeinsam entwickelter und getragener Forderungskatalog zu Fragen der Partizipation im technischen Entwicklungsprozeß.

Auch im Wissenschaftsladen Berlin ist selbstverständlich der Diskussionsprozeß noch nicht abgeschlossen, die folgenden Fragen standen wiederholt auf der Tagesordnung: Sollen Verhinderungsstrategien Vorrang haben vor der Beteiligung an Gestaltungsalternativen? Was ist zu tun, wenn traditionelle und oppositionelle Gewerkschaftsgruppen des gleichen Betriebes mit abweichenden Vorstellungen aufwarten? Wie können die Kriterien zur Beschränkung des EDV-Einsatzes (organisatorische, funktionale, zeitliche) genauer gefaßt werden? Solche Fragen werden in der Arbeitsgruppe „Informationstechnologien am Arbeitsplatz" (ITAP) diskutiert.

Die Beratungen, die in diesem Bereich anfallen, lassen sich nicht linker Hand erledigen. Sie erfordern viel Zeit und Sachkompetenz. Dies steht einer Feierabendtätigkeit von wohlmeinenden Experten sicherlich entgegen. Nach den gemachten Erfahrungen kommt die Arbeit unserem Motto der „Hilfe zur Selbsthilfe" allerdings doch sehr nahe. Denn wenn sie auch keine betrieblichen Machtstrukturen kippt, hat sie den Kollegen in den Betrieben doch in den Auseinandersetzungen um die Einführung neuer Technologien den Rücken gestärkt. Ob das in Zukunft besser durch mehr Professionalisierung in der Ladenarbeit zu machen ist, ist eine der Fragen, die sich derzeit vermutlich nicht nur dem Berlin Laden stellten.

Luftreinhaltepolitik

Seit dem Frühjahr 1983 arbeiten Mitarbeiter des Wissenschaftsladens, verschiedener Bürgerinitiativen sowie Umwelttechniker in der Arbeitsgemeinschaft Luft des Wissenschaftsladens (AG Luft) zusammen. Der Gründung der AG Luft vorausgegangen war eine Anfrage der „Interessengemeinschaft Gesunde Luft" zur weitergehenden Aufbereitung und Auswertung offizieller Meßdaten zur Berliner Luftgüte sowie verschiedene andere, ebenfalls Luftprobleme betreffende Anfragen.

Hauptziel der AG Luft ist die Formulierung einer fundierten und wirksamen Kritik der „Luftreinhaltepolitik" des Berliner Senats. Erstes Vorhaben der Gruppe war die Durchführung eigener, vom Senat unabhängiger Luftgütemessungen. Durch sie sollte die Schadstoffbelastung in Gebieten ermittelt werden, die durch das Luftgütemeßnetz des Senats nicht oder nur unzureichend erfaßt werden. Daneben galt es, lokale Schadstoffkonzentrationen sowie deren Verursacher (Emittenden) zu ermitteln. Parallel hierzu wurde die von schlechter Luft herrührende Einschränkung der Lebensqualität einzelner, durch Smog besonders betroffener Gruppen in einem „Smog-Tagebuch" erhoben.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurden vom Wissenschaftsladen, befristet auf sechs Monate und finanziert durch das Netzwerk Berlin, eine Umwelttechnikerin sowie ein Umwelttechniker eingestellt. Sie nahmen im Januar und Februar 1984

kontinuierliche Luftgütemessungen (SO_2-Gehalt) in Berlin-Kreuzberg vor. Das Meßgerät finanzierte die Alternative Liste Berlin. Die Messungen erfolgten nach einem vom Verband deutscher Ingenieure anerkannten Verfahren.
Die Vermutung, daß die Luftverschmutzung im Bezirk Kreuzberg durch das Senatsmeßnetz nicht oder nur unzureichend erfaßt wird, konnte durch die Messungen des Wissenschaftsladens nicht bestätigt werden: Die gefundenen Meßwerte entsprechen – bei Berücksichtigung einer geringfügig höheren Grundbelastung – denen der beiden benachbarten Senatsmeßstationen. Messungen in z.T. schlecht durchlüfteten Straßen und Hinterhöfen ergaben hingegen erheblich höhere, teilweise über den Grenzwerten der Smogverordnung liegende Schadstoffkonzentration.

Meßgerät zur Bestimmung des SO_2-Gehalts der Luft

Fazit: Das Meßnetz des Senats erfaßt keine lokalen Schadstoffkonzentrationen. Wenn in einzelnen Bereichen schon gesundheitsgefährdende Schadstoffkonzentrationen vorliegen, kann der Mittelwert noch durchaus so niedrig sein, daß kein Smog-Alarm gegeben wird. Die Behauptung, Hauptursache der starken Verschmutzung der Berliner Luft sei der Hausbrand (Kachelöfen), konnte widerlegt werden: An Wochenenden, an denen in aller Regel mehr zu Hause geheizt wird, liegt die Schadstoffkonzentration in der Luft um etwa 1/5 unter der an Werktagen. Die immer wieder angeführte These, der Dreck in der Berliner Luft käme „aus dem Osten", ist, jedenfalls in dieser absoluten Form, nicht haltbar: Bei Berücksichtigung der Windrichtung zeigte sich zweifelsfrei, daß die Dreckluft sowohl aus West- als auch aus Ost-Berlin stammt.
Versucht man an dieser Stelle eine Einschätzung des Luftmeßprojektes, so lassen sich drei Punkte festhalten: zum einen eine durch die intensive Beschäftigung mit Luftfragen verursachte Vernachlässigung anderer Bereiche aus dem Spektrum „Energie und Umwelt" des Wissenschaftsladens. Bedingt durch die knappen finanziellen und personellen Ressourcen mußten andere Themen notgedrungen „kurz" gehalten werden. Zum zweiten war ein erhebliches Interesse von Bevölkerung und Medien an Meßkonzepten und Ergebnissen festzustellen, was sich in einer Reihe von Anfragen speziell zu den Smogtagebüchern niedergeschlagen hat. Als letztes ist darauf hinzuweisen, daß Vorhaben wie dem Luftmeßprojekt eine Art Initialwirkung zuzukommen scheint: So trifft sich seit April 1984 im Wissenschaftsladen eine Gruppe von Interessierten zum Thema „Gesundheitsrisiken durch Luftschadstoffe" unter Beteiligung von Beschäftigten im Gesundheitsbereich und von Eltern, deren Kinder an Smog leiden (Pseudo-Krupp).

ABM-Beratungen für Alternativprojekte

Kann unser Verein/Projekt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bekommen? Wie läuft das Antragsverfahren? Wie muß die Aufgabenbeschreibung, wie die Eingruppierung aussehen? Können wir eine 100-%-Förderung bekommen? Wie können wir erreichen, daß uns bekannte Personen auf die bewilligten AB-Maßnahmen gesetzt werden? Das sind einige der Fragen, die viele Projekte aus dem Alternativbereich – vorwiegend Sozialprojekte – an die „Arbeitsgruppe ABM" stellen.
Die Arbeitsgruppe ist ein (für Berliner Verhältnisse einzigartiger) Beratungsverbund von Wissenschaftsladen, Stattwerke, Netzwerk und Arbeitskreis Staatsknete, gegründet Anfang 1983 auf Initiative von Mitarbeiter/innen des Wissenschaftsladens und anderen Projekten des Arbeitskreises Staatsknete. Anlaß für die Gründung war auch die unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten enttäuschende Erfahrung mit dem vom Berliner Sozialsenator Fink eingerichteten „Senatssonderprogramm zur Förderung von Selbsthilfegruppen und Alternativprojekten". Von den geforderten 50 Mio. DM wurden allerdings nur 7,5 Mio. DM „gewährt". Die Ausformulierung der Vergabekriterien und deren Umsetzung erfolgte nach der Finkschen „Subsidiaritätspolitik", d.h. vor allem Vorrang der ehrenamtlichen vor der bezahlten Arbeit. Angesichts der zunehmenden finanziellen Austrocknung der Projekte, deren ehrenamtliches Engagement kaum mehr zu steigern ist, versuchen viele Projekte mit Hilfe des allseits ungeliebten Instruments „ABM" ihre Arbeit doch noch abzusichern. Dabei herrscht jedoch vielfach Unkenntnis über Vergabekriterien, Antragsverfahren etc. Zudem stehen die Projekte gerade in Berlin bisher vor dem Problem, daß ABM für „kleine freie Träger" sehr restriktiv gehandhabt wird. Der ABM-Ausschuß des Arbeitsamtes ist offensichtlich der Meinung, daß für die „Subkultur" nicht auch noch Mittel ausgegeben werden sollten.
Die Arbeit der ABM-Gruppe beschränkt sich nicht auf die „reine" Antragsberatung, zugleich ist auch über Organisations- und Rechtsformen der Projekte, Gemeinnützigkeit sowie über andere Finanzierungsmöglichkeiten (Staatsknete) informiert worden. Notwendig sind auch antragsbegleitende Gespräche, Kontakte mit der Arbeitsverwaltung, Gewerkschaften, Verbänden usw. So versuchen wir „Antragspakete" von Projekten zusammenzustellen und einzureichen. Die AG hat zudem ein „Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm" erstellt, in dem die Problematik von ABM aufgearbeitet wird. Zur Zeit wird intensiv über die weitere Organisation der Arbeit in Verbindung mit dem Aufbau einer „ABM-Clearingstelle" diskutiert, die u.a. über die Trägerberatung hinaus auch die ABM-Beschäftigten beraten soll.
Eine wissenschaftliche Unterstützung der Argumentation der Projekte spielt eine wichtige Rolle und wird von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe gemeinsam geleistet, indem etwa Gutachten verständlich aufgearbeitet, (Arbeitsmarkt-)Forscher zur Diskussion eingeladen, Referenten zu verschiedenen Aspekten gewonnen werden.
Der Anspruch des Wissenschaftsladens, nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse abzuliefern, sondern gemeinsam mit den „Betroffenen" Durchsetzungsstrategien zu entwickeln, ist (insbesondere durch die Mitarbeit in diesem Beratungsverbund) bisher verwirklicht worden – was noch nichts über die tatsächliche Durchsetzungsfähigkeit aussagt. Zugleich ist aber auch zu konstatieren, daß andere Themen im WILAB-Bereich „Alternative Beschäftigung/Sozialpolitik" durch die „Konzentration der Kräfte" auf die ABM-AG leider vernachlässigt wurden: So fand z.B. kaum eine Mitarbeit bei der Entwicklung eines lokalen/bezirklichen Beschäftigungsprogrammes für

Kreuzberg statt. Auch eine (uns immer notwendiger erscheinende) Diskussion über alternative Berufsmöglichkeiten für Akademiker steckt noch in den Anfängen.

Organisation

Der jeweilige „Ladendienst" gibt die eingehenden Anfragen an die Arbeitsgruppen oder uns bekannte Experten/innen weiter. Die Mitarbeit von Mitgliedern und Sympathisanten/innen erfolgt durch Beantwortung von Anfragen, Mitarbeit bei (Ad-hoc-) Arbeitsgruppen und Büroarbeiten. Der Verein hat etwa 60 Mitglieder, von denen ca. ein Viertel den sogenannten „harten Kern" ausmacht. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der (mindestens zweiwöchentlich tagende) Delegiertenrat, der aus Arbeitsgruppen-Vertretern/innen sowie von der Mitgliederversammlung gewählten Mitgliedern besteht. Zusammen mit Vorstand und interessierten Mitgliedern bildet er das Plenum, das die laufenden Geschäfte besorgt: Sichtung der Anfragen, Diskussion/Entscheidung über Kontakte, Kooperation, problematische Anfragen, Öffentlichkeitsarbeit,

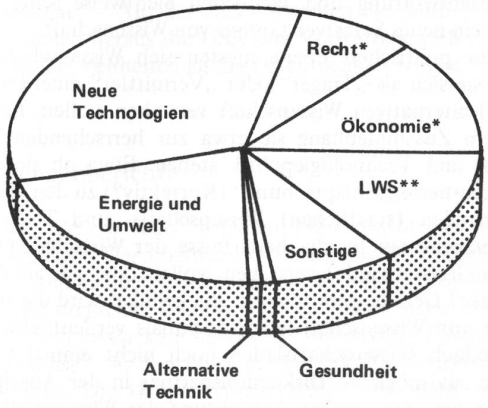
Anfragenbilanz

(Stand: 31.12.83, 120 Anfragen insgesamt)

Bis Mitte 1984 sind nahezu 250 Anfragen an den Wissenschaftsladen gerichtet worden, eine genauere Analyse liegt erst für die bis Ende 1983 eingegangenen 120 Anfragen vor:

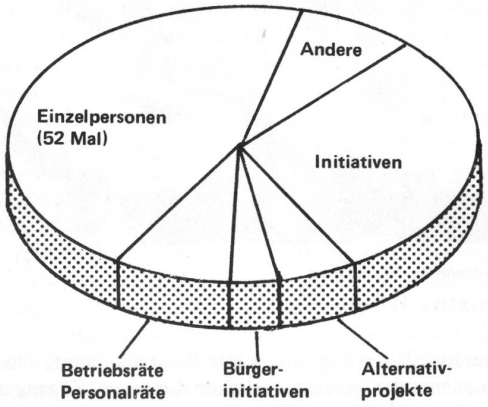
Einzelpersonen stellten überwiegend Anfragen zu dem Bereich Umwelt/Energie, dicht gefolgt von Themen des Feldes Neue Technologien, danach Leben/Wohnen/Soziales. Sie wurden fast immer an Experten weitervermittelt und/oder mit Informationsmaterial versorgt.
Betriebsräte oder **Personalräte** bewegten überwiegend Probleme im Zusammenhang der Einführung Neuer Technologien. Der Wissenschaftsladen „reagierte" mit z.T. sehr zeitaufwendigen und intensiven Beratungen.
Bürgerinitiativen hatten fast ausschließlich Fragen zum Komplex Umwelt/Energie. Der Wissenschaftsladen konnte ihnen durch die Vermittlung von Experten oder durch eigene Beratungen weiterhelfen.
Die meisten **Alternativprojekte**, die sich an den Wissenschaftsladen wandten, beschäftigten die Fragen, ob bzw. wie Computer in alternativen Projekten eingesetzt werden sollten. Der Wissenschaftsladen führte hierzu u.a. ein Wochenendseminar durch. „Computer in Alternativprojekten" ist ebenfalls der Titel und das Thema der ersten Publikation des Wissenschaftsladens, der damit dem starken Bedürfnis nach Information in dieser Richtung Rechnung trug.
Ein deutlicher Akzent der Anfragen von **Initiativen** oder **Interessengemeinschaften** lag 1983 im Bereich Datenschutz/Computerüberwachung. Dabei wurde weniger Information oder Beratung gefordert als vielmehr die Teilnahme von Ladenmitgliedern an Informationsveranstaltungen zum Volkszählungsboykott.
In der ersten Hälfte des Jahre 1984 wurde der Wissenschaftsladen weit über 100mal in Anspruch genommen.
Eine erste grobe Übersicht bestätigt die oben gemachten Aussagen zur Struktur der Anfragen: Wieder wandten sich in der Mehrzahl organisierte Betroffene, nicht Einzelpersonen an ihn. Auch die Struktur der Problembereiche, auf die sich die Anfragen bezogen, hat sich nicht wesentlich verändert.
Diese eher statistische Betrachtensweise muß jedoch von einem „entwicklungsgeschichtlichen" Gesichtspunkt aus korrigiert und in qualitativer Hinsicht ergänzt werden. Standen 1983 aus aktuellem politischen Anlaß Anfragen von Volkszählungsboykott-Initiativen im Vordergrund, gewinnt in diesem Jahr das Problem „ABM für Alternativprojekte" an Gewicht. Auch dies steht in Berlin in engem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Debatte um Finanzierungsmöglichkeiten von Personalstellen für alternative und soziale Projekte.
Ausgelöst durch das Luftmeßprojekt, ist es zu einer Fülle von Anfragen zum Ökologiebereich gekommen, zu einem nicht unerheblichen Teil konnten sie durch Übersendung von Informationsmaterial erledigt werden.
Viele der anfragenden Einzelpersonen waren Schüler oder Studenten: Diese suchten einerseits Alternativen zu konventionellen natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen oder baten den Wissenschaftsladen um Informationsmaterial oder Literaturangaben für Seminar- oder Diplomarbeiten (hauptsächlich Themen im Bereich Neue Technologien und Umwelt/Technik).

Aus welchem Problemfeld kommt die Anfrage?



* Rechtliche Fragen (Datenschutz!), ökonomische Probleme oft bei Neuen Technologien
** LWS: Leben/Wohnen/Soziales

Wer fragt an?

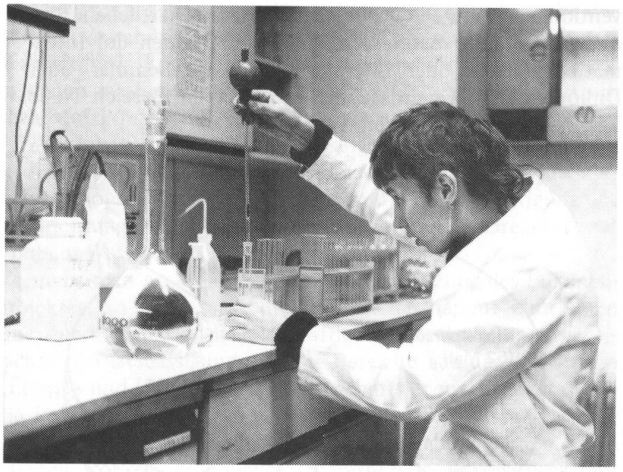


„Organisierte" Betroffene (Initiativen/Alternativprojekte/Bürgerinitiativen/gewerkschaftliche Gruppen) hatten 56 Anfragen.

Büroarbeit, Ladendienst.
Der zunehmenden Inanspruchnahme des Ladens – sowohl durch die steigenden Anfragen und diverse Informationswünsche, aber auch durch kontinuierlich wahrzunehmende Kontakte etc. – konnte die ehrenamtlich leistbare Arbeit nicht mehr gerecht werden. Im Februar 1984 wurde eine „Ladenstelle" eingerichtet, die die Infrastruktur verbessern (Anlaufstelle für Anfragen, Kontakte usw.; Büroarbeiten) und darüber hinaus in einem der Schwerpunktbereiche (ABM-Beratung) mitarbeiten soll. Der mit der Einstellung einer Person verbundene Wunsch, von der bisherigen eher reaktiven zu einer mehr initiativ-gestaltenden Arbeit zu kommen, konnte (nur) teilweise erfüllt werden, da die Nachfrage stark zunahm. Inzwischen erscheint – selbst bei Verstärkung des „harten Kerns" – die Einrichtung von ein bis zwei weiteren Stellen notwendig.

Finanzierung

Die laufenden Kosten für den Laden, Informationsmaterial, Porto usw. konnten bisher durch Mitgliedsbeiträge und Spenden gedeckt werden. Der Posten „Ladenstelle" ist bisher – trotz Mini-Lohn – nur für sechs Monate finanzierbar. Wahrscheinlich wird die Arbeit nach Auslaufen der Stelle zum Teil einfach liegenbleiben oder nur noch schleppend vorangehen. Eine öffentliche Finanzierung der im Laden anfallenden Arbeit konnte bisher nicht erreicht werden („Staatsknete", Forschungsmittel etc.).
Das Beispiel der AG Luft, deren Arbeit erst durch die finanzielle Unterstützung von Netzwerk und AL ermöglicht wurde, zeigt, daß bestimmte Arbeiten eine finanziell abgesicherte „Professionalisierung" erfordern. In jedem Fall ist bei der Beantragung bzw. Bewilligung von Mitteln durch Dritte aber darauf zu achten, daß dadurch die Autonomie des Ladens nicht flöten geht.
Die zahlreichen Spenden von finanziell (gut) abgesicherten Sympathisanten (Professoren zum Beispiel) blieben bisher aus. Vielleicht ändert sich dies aufgrund der zu Anfang diesen Jahres erlangten Gemeinnützigkeit.



Beim Auswerten der Proben

Alternative Wissenschaft?

Wissenschaftsläden begründen ihre Existenz damit, daß sie Einzelpersonen oder gesellschaftlichen Gruppen Zugang zur Wissenschaft verschaffen wollen, den diese aus den verschiedensten Gründen kaum oder gar nicht haben. Der Wissenschaftsladen Berlin versteht sich darüber hinaus u.a. als Brücke zwischen Wissenschaft und sozialer Bewegung: Er will „wissenschaftliche Dienstleistungen" besonders für betriebliche/gewerkschaftliche Gruppen, (Bürger-)Initiativen und (Alternativ-)Projekte zur Verfügung stellen. Das diesem Anspruch zugrundeliegende Konzept einer „betroffenenorientierten Wissenschaft" beinhaltet eine enge Zusammenarbeit mit Betroffenen(-gruppen) und eine von Wissenschaftlern und Betroffenen gemeinsam vorgenommene Problemdefinition und Problemlösung bis hin zur Entwicklung von möglichen Durchsetzungsstrategien. In der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Betroffenen wird immer wieder der Entstehungs- und Verwertungszusammenhang von Wissenschaft zur Sprache kommen müssen. Nur so wird es möglich sein, nicht nur den Mangel an demokratischer Legitimation der Ausrichtung des „wiss.-technischen Fortschritts" offenzulegen, sondern auch den instrumentellen Charakter von Wissenschaft. Ob über diese Arbeitsweise, an den Fragen und Problemen von Betroffenen anzusetzen, positive Kriterien für eine alternative Wissenschaft entwickelt werden können, bleibt abzuwarten. Bisher wird jedenfalls der Negativkatalog herkömmlicher Wissenschaft immer länger. Der Anspruch, Alternativen zur herrschenden Wissenschaft zu entwickeln, bedeutet in der Praxis, u.a. zeitraubende (und wer hat schon so viel Zeit?) Diskussionsprozesse in Kauf zu nehmen. Wird das aber nicht versucht, droht der Wissenschaftsladen zur bloßen Wissensvermittlungsagentur zu verkommen.
Wie wirken die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Betroffenen auf die Wissenschaft oder den Wissenschaftsbetrieb zurück? Die Anfrage der Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Gesunde Luft" hat z.B. dazu beigetragen, daß in einer Lehrveranstaltung der TU Berlin nicht nur die bloße Beherrschung des Computers, sondern auch Problematik und Grenzen DV-gestützter Meßwertverarbeitung im Rahmen des Berliner Luftgütemeßnetzes vermittelt wurden. Erfahrungen aus der Beratung von Betriebsräten untermauerten den Versuch im Fachgebiet Softwaretechnik, auch das Einsatzumfeld einzubeziehen. Ergänzt wurden diese Ansätze durch Seminare, in denen Möglichkeiten und Grenzen der Benutzerpartizipation bei der Entwicklung von DV-Systemen ausgelotet wurden. Diese an Personen (oft mit Arbeitsverträgen begrenzter Dauer) gebundene Rückkopplung von Arbeitserfahrungen verändert freilich nicht viel, ob sie auch institutionell abgesichert werden sollte, muß diskutiert werden: Läßt sich der „Tanker" Wissenschaft wenig oder überhaupt nicht von seinem Kurs abbringen, oder muß er nicht besser gleich eingemottet werden? Gefährlich wäre es, wenn Wissenschaftsläden zur weiteren „Verwissenschaftlichung des Alltags" beitragen würden. Ein neues Selbstverständnis von Wissenschaftlern hinsichtlich ihrer sozialen Verantwortung und fachlichen Sichtweise schafft noch lange kein neues Selbstverständnis von Wissenschaft.
Auf der politischen Ebene müssen sich Wissenschaftsläden, sofern sie sich als „Träger" oder „Vermittler" einer (wie auch immer) alternativen Wissenschaft verstehen wollen, fragen, in welchem Zusammenhang sie etwa zur herrschenden Wissenschafts- und Technologiepolitik stehen. Etwa ob sie sich als basisorientierte „Entsprechung" (Korrektiv?) zu den allerorten entstehenden (staatlichen) Wissenschafts- und Technologietransferagenturen für die Bedürfnisse der Wirtschaft (Verwaltungen/Großverbände) verstehen wollen oder gar als Alternative dazu? Gerade unter diesem Blickwinkel wird die Notwendigkeit von Wissenschaftsläden nochmals verdeutlicht. Bisher sind jedoch Wissenschaftsläden noch nicht einmal von den Grünen als mögliche Diskussionspartner in der Auseinandersetzung um eine andere Ausrichtung der Wissenschafts- und Technologiepolitik wahrgenommen worden. Δ

Eine aktuelle Liste der bundesdeutschen Wissenschaftsläden befindet sich auf Seite 61.